

## MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2015/203373]

**29. JUNI 2015 — Dekret zur Abänderung des Dekrets vom 18. Dezember 2006 über die Weiterverwendung öffentlicher Dokumente (1)**

Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat das Folgende angenommen und wir, Regierung, sanktionieren es:

**Artikel 1** - Dieses Dekret dient der Umsetzung der Richtlinie 2013/37/EU des Euro-päischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 zur Änderung der Richtlinie 2003/98/EG über die Weiterverwendung von Informationen des öffentlichen Sektors.

**Art. 2** - In Artikel 2 des Dekrets vom 18. Dezember 2006 über die Weiterverwendung öffentlicher Dokumente werden folgende Nummern 5 bis 8 eingefügt:

«5. maschinenlesbares Format: ein Dateiformat, das so strukturiert ist, dass Softwareanwendungen konkrete Daten, einschließlich einzelner Sachverhaltsdarstellungen und deren interner Struktur, leicht identifizieren, erkennen und extrahieren können;

6. offenes Format: ein Dateiformat, das plattformunabhängig ist und der Öffentlichkeit ohne Einschränkungen, die der Weiterverwendung von Dokumenten hinderlich wären, zugänglich gemacht wird;

7. formeller, offener Standard: einen schriftlich niedergelegten Standard, in dem die Anforderungen für die Sicherstellung der Interoperabilität der Software niedergelegt sind;

8. Hochschule: eine öffentliche Stelle, die postsekundäre Bildungsgänge anbietet, die zu einem akademischen Grad führen.»

**Art. 3** - Artikel 3 Absatz 2 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

«Vorliegendes Dekret findet keine Anwendung auf:

1. Dokumente, deren Bereitstellung nicht unter den gesetzlich oder durch andere verbindliche Rechtsvorschriften festgelegten öffentlichen Auftrag der betreffenden Behörden fällt oder, in Ermangelung solcher Rechtsvorschriften, nicht unter den durch allgemeine Verwaltungspraxis festgelegten öffentlichen Auftrag fällt, vorausgesetzt, dass der Umfang der öffentlichen Aufträge transparent ist und regelmäßig überprüft wird;

2. Dokumente, die geistiges Eigentum Dritter sind;

3. Dokumente, die gemäß den geltenden Zugangsregelungen nicht zugänglich sind, einschließlich aus Gründen:

- des Schutzes der nationalen Sicherheit, der Verteidigung oder der öffentlichen Sicherheit,

- der statistischen Geheimhaltung,

- des Geschäftsgeheimnisses;

4. Dokumente, zu denen der Zugang durch die geltenden Zugangsregelungen eingeschränkt ist, einschließlich der Fälle, in denen Bürger oder Unternehmen ein besonderes Interesse nachzuweisen haben, um Zugang zu den Dokumenten zu erhalten;

5. Teile von Dokumenten, die lediglich Logos, Wappen und Insignien enthalten;

6. Dokumente, die nach den geltenden Zugangsregelungen aus Gründen des Schutzes personenbezogener Daten nicht oder nur eingeschränkt zugänglich sind, und Teile von Dokumenten, die gemäß diesen Regelungen zugänglich sind, wenn sie personenbezogene Daten enthalten, deren Weiterverwendung gesetzlich nicht mit dem Recht über den Schutz natürlicher Personen in Bezug auf die Verarbeitung personenbezogener Daten vereinbar ist;

7. Dokumente, die im Besitz öffentlich-rechtlicher Rundfunkanstalten und ihrer Zweigstellen oder anderer Stellen und deren Zweigstellen sind und der Wahrnehmung eines öffentlichen Sendeauftrags dienen;

8. Dokumente im Besitz von Bildungs- und Forschungseinrichtungen einschließlich von Einrichtungen, die zum Zweck des Transfers von Forschungsergebnissen gegründet wurden, Schulen, Hochschulen, außer Hochschulbibliotheken;

9. Dokumente im Besitz anderer kultureller Einrichtungen als Bibliotheken, Museen und Archive.»

**Art. 4** - Artikel 5 Absatz 1 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

«Die Dokumente, auf die dieses Dekret anwendbar ist, können für kommerzielle und nichtkommerzielle Zwecke weiterverwendet werden. Dies gilt ebenfalls für Dokumente, an denen Bibliotheken, einschließlich Hochschulbibliotheken, Museen und Archive Rechte des geistigen Eigentums innehaben, falls deren Weiterverwendung erlaubt wird.»

**Art. 5** - Artikel 6 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

«Artikel 6 - Verfügbare Formate

Die Behörden stellen ihre Dokumente in allen vorhandenen Formaten oder Sprachen und, soweit möglich und sinnvoll, in offenem und maschinenlesbarem Format zusammen mit den zugehörigen Metadaten zur Verfügung. Sowohl die Formate als auch die Metadaten sollten soweit möglich formellen, offenen Standards entsprechen.

Absatz 1 verpflichtet die Behörden nicht, Dokumente neu zu erstellen oder anzupassen oder Auszüge aus Dokumenten zur Verfügung zu stellen, um diesem Absatz nachzukommen, wenn dies mit einem unverhältnismäßigen Aufwand verbunden ist, der über eine einfache Bearbeitung hinausgeht.

Die Behörden können auf der Grundlage dieses Dekrets nicht verpflichtet werden, die Erstellung und Speicherung bestimmter Arten von Dokumenten im Hinblick auf deren Weiterverwendung durch eine Organisation des privaten oder öffentlichen Sektors fortzusetzen.»

**Art. 6** - Artikel 7 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

«Artikel 7 - Gebühren

Werden Gebühren für die Weiterverwendung von Dokumenten erhoben, so sind diese Gebühren auf die durch die Reproduktion, Bereitstellung und Weiterverbreitung verursachten Grenzkosten beschränkt.

Absatz 1 findet keine Anwendung auf

1. Behörden, deren Auftrag das Erzielen von Einnahmen erfordert, um einen wesentlichen Teil ihrer Kosten im Zusammenhang mit der Erfüllung ihrer öffentlichen Aufträge zu decken;
2. im Ausnahmefall, Dokumente, für die die betreffende Behörde aufgrund eines Dekrets oder eines Erlasses der Regierung ausreichend Einnahmen erzielen muss, um einen wesentlichen Teil der Kosten im Zusammenhang mit ihrer Erfassung, Erstellung, Reproduktion und Verbreitung zu decken;
3. Bibliotheken, einschließlich Hochschulbibliotheken, Museen und Archive.

In den in Absatz 2 Nummern 1 und 2 genannten Fällen berechnen die betreffenden Behörden die Gesamtgebühren nach objektiven, transparenten und nachprüfbar Kriterien, die durch die Regierung festgelegt werden. Die Gesamteinnahmen dieser Behörden aus der Bereitstellung von Dokumenten und der Gestattung ihrer Weiterverwendung in dem entsprechenden Abrechnungszeitraum dürfen die Kosten ihrer Erfassung, Erstellung, Reproduktion und Verbreitung zuzüglich einer angemessenen Gewinnspanne nicht übersteigen. Die Gebühren werden unter Beachtung der für die betreffenden Behörden geltenden Buchführungsgrundsätze berechnet.

Insofern die in Absatz 2 Nummer 3 genannten Behörden Gebühren erheben, dürfen die Gesamteinnahmen aus der Bereitstellung von Dokumenten und der Gestattung ihrer Weiterverwendung in dem entsprechenden Abrechnungszeitraum die Kosten ihrer Erfassung, Erstellung, Reproduktion, Verbreitung, Bewahrung und der Rechtklärung zuzüglich einer angemessenen Gewinnspanne nicht übersteigen. Die Gebühren werden unter Beachtung der für die betreffenden Behörden geltenden Buchführungsgrundsätze berechnet.»

**Art. 7** - In dasselbe Dekret wird folgender Artikel 7.1 eingefügt:

«Artikel 7.1 - Transparenz

Im Fall von Standardgebühren für die Weiterverwendung von Dokumenten, die im Besitz von Behörden sind, werden die entsprechenden Bedingungen und die tatsächliche Höhe dieser Gebühren einschließlich der Berechnungsgrundlage dieser Gebühren, im Voraus festgelegt und, soweit möglich und sinnvoll, in elektronischer Form veröffentlicht.

Im Fall von Gebühren für die Weiterverwendung, die in Absatz 1 nicht genannt sind, geben die Behörden im Voraus an, welche Faktoren bei der Berechnung dieser Gebühren berücksichtigt werden. Auf Anfrage gibt die betreffende Behörde auch die Berechnungsweise dieser Gebühren in Bezug auf den spezifischen Antrag auf Weiterverwendung an.

Die in Artikel 7 Absatz 2 Nummer 2 genannten Anforderungen werden im Voraus festgelegt. Soweit möglich und sinnvoll, werden sie in elektronischer Form veröffentlicht.

Die Behörden gewährleisten, dass Antragsteller, die die Weiterverwendung von Dokumenten beantragt haben, über die verfügbaren Rechtsbehelfe hinsichtlich der sie betreffenden Entscheidungen oder Verfahren unterrichtet werden.»

**Art. 8** - In Artikel 8 § 1 desselben Dekrets werden nach Absatz 3 folgende Absätze eingefügt:

«Stützt sich ein ablehnender Bescheid auf Artikel 3 Absatz 2 Nummer 2, verweist die Behörde auf die natürliche oder juristische Person, die Inhaber der Rechte ist, insofern diese bekannt ist, oder ersatzweise auf den Lizenzgeber, von dem die Behörde das betreffende Material erhalten hat. Bibliotheken, einschließlich Hochschulbibliotheken, Museen und Archive sind nicht zur Verweisangabe verpflichtet.

Eine Entscheidung über Weiterverwendung enthält einen Hinweis auf die Rechtsbehelfe, die dem Antragsteller zur Verfügung stehen, um gegen die Entscheidung vorzugehen.»

**Art. 9** - Artikel 10 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

«Artikel 10 - Verbot von Ausschließlichkeitsvereinbarungen

§ 1 - Die Weiterverwendung von Dokumenten steht allen potenziellen Marktteilnehmern offen, selbst wenn auf diesen Dokumenten beruhende Mehrwertprodukte bereits von einem oder mehreren Marktteilnehmern genutzt werden. Verträge oder sonstige Vereinbarungen zwischen Behörden, die im Besitz der Dokumente sind, und Dritten dürfen keine ausschließlichen Rechte gewähren.

§ 2 - Ist allerdings für die Bereitstellung eines Dienstes im öffentlichen Interesse ein ausschließliches Recht erforderlich, so ist der Grund für dessen Erteilung regelmäßig, mindestens jedoch alle drei Jahre, zu überprüfen. Die nach dem Inkrafttreten dieses Dekrets getroffenen Ausschließlichkeitsvereinbarungen müssen transparent sein und öffentlich bekannt gemacht werden. Dieser Paragraph gilt nicht für die Digitalisierung von Kulturbeständen.

§ 3 - Bezieht sich ein ausschließliches Recht auf die Digitalisierung von Kulturbeständen, darf es ungeachtet Paragraph 1 im Allgemeinen für höchstens zehn Jahre gewährt werden. Wird es für mehr als zehn Jahre gewährt, wird die Gewährungsdauer im elften Jahr und danach gegebenenfalls alle sieben Jahre überprüft.

Die in Absatz 1 genannten Vereinbarungen zur Gewährung ausschließlicher Rechte müssen transparent sein und öffentlich bekannt gemacht werden.

Im Fall eines in Absatz 1 genannten ausschließlichen Rechts ist der betreffenden Behörde im Rahmen der Vereinbarung eine Kopie der digitalisierten Kulturbestände gebührenfrei zur Verfügung zu stellen. Diese Kopie wird am Ende des Ausschließlichkeitszeitraums zur Weiterverwendung zur Verfügung gestellt.

§ 4 - Am 1. Juli 2005 bestehende Ausschließlichkeitsvereinbarungen, die nicht unter in Paragraph 2 genannten Ausnahmen fallen, werden bei Vertragsablauf, spätestens jedoch am 31. Dezember 2008, beendet.

§ 5 - Unbeschadet Paragraph 3 werden am 17. Juli 2013 bestehende Ausschließlichkeitsvereinbarungen, die nicht unter in den Paragraphen 2 und 3 genannten Ausnahmen fallen, bei Vertragsablauf, spätestens jedoch am 18. Juli 2043, beendet.»

**Art. 10** - In Artikel 11 desselben Dekrets wird nach Absatz 1 folgender Absatz eingefügt:

«Die Behörden stellen Bestandslisten der wichtigsten Dokumente mit zugehörigen Metadaten, die, soweit möglich und sinnvoll, online verfügbar sind und in einem maschinenlesbaren Format vorliegen, sowie Internetportale, die mit den Bestandslisten verknüpft sind, bereit. Soweit möglich, sorgen die Behörden dafür, dass eine sprachübergreifende Suche nach Dokumenten vorgenommen werden kann.»

Wir fertigen das vorliegende Dekret aus und ordnen an, dass es durch das *Belgische Staatsblatt* veröffentlicht wird.

Eupen, den 29. Juni 2015

O. PAASCH

Der Ministerpräsident

Frau I. WEYKMANS

Die Vize-Ministerpräsidentin, Ministerin für Kultur, Beschäftigung und Tourismus

A. ANTONIADIS

Der Minister für Familie, Gesundheit und Soziales

H. MOLLERS

Der Minister für Bildung und wissenschaftliche Forschung

—————  
Fußnote

(1) *Sitzungsperiode 2014-2015*

*Nummerierte Dokumente* 66 (2014-2015), Nr. 1 Dekretentwurf.

66 (2014-2015), Nr. 2 Bericht.

*Ausführlicher Bericht*: 29. Juni 2015 Nr. 15 Diskussion und Abstimmung.

—————  
TRADUCTION

**MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE**

[2015/203373]

**29 JUIN 2015. — Décret portant modification du décret du 18 décembre 2006 concernant la réutilisation de documents du secteur public (1)**

Le Parlement de la Communauté germanophone a adopté et Nous, Gouvernement, sanctionnons ce qui suit :

**Article 1<sup>er</sup>.** Ce décret transpose la Directive 2013/37/UE du Parlement européen et du Conseil du 26 juin 2013 modifiant la Directive 2003/98/CE concernant la réutilisation des informations du secteur public.

**Art. 2.** L'article 2 du décret du 18 décembre 2006 concernant la réutilisation de documents du secteur public est complété par les 5° à 8°, rédigés comme suit :

« 5° format lisible par machine : un format de fichier structuré de telle manière que des applications logicielles puissent facilement identifier, reconnaître et extraire des données spécifiques, notamment chaque énoncé d'un fait et sa structure interne;

6° format ouvert : un format de fichier indépendant des plates-formes utilisées et mis à la disposition du public sans restriction empêchant la réutilisation des documents;

7° norme formelle ouverte : une norme établie par écrit, précisant en détail les exigences relatives à la manière d'assurer l'interopérabilité des logiciels;

8° université : un organisme du secteur public dispensant un enseignement supérieur post-secondaire sanctionné par des grades académiques. »

**Art. 3.** L'article 3, alinéa 2, du même décret, est remplacé par ce qui suit :

« Le présent décret ne s'applique pas :

1° aux documents dont la fourniture est une activité qui ne relève pas de la mission de service public dévolue aux administrations concernées telle qu'elle est définie par la loi ou d'autres règles contraignantes en vigueur ou, en l'absence de telles règles, telle qu'elle est définie conformément aux pratiques administratives courantes, sous réserve que l'objet des missions de service public soit transparent et soumis à réexamen;

2° aux documents dont des tiers détiennent les droits de propriété intellectuelle;

3° aux documents dont l'accès est exclu conformément aux règles d'accès en vigueur, y compris pour des motifs de :

- protection de la sécurité nationale, défense ou sécurité publique;

- confidentialité des données statistiques;

- confidentialité des informations commerciales;

4° aux documents dont l'accès est limité conformément aux règles d'accès en vigueur, notamment dans les cas où les citoyens ou les entreprises doivent justifier d'un intérêt particulier pour obtenir l'accès aux documents;

5° aux parties de documents ne comportant que des logos, des armoiries ou des insignes;

6° aux documents dont l'accès est exclu ou limité en application de règles d'accès pour des motifs de protection des données à caractère personnel, et aux parties de documents accessibles en vertu desdites règles qui contiennent des données à caractère personnel dont la réutilisation a été définie par la loi comme étant incompatible avec la législation concernant la protection des personnes physiques à l'égard du traitement des données à caractère personnel;

7° aux documents détenus par des radiodiffuseurs de service public et leurs filiales et par d'autres organismes ou leurs filiales pour l'accomplissement d'une mission de radiodiffusion de service public;

8° aux documents détenus par des établissements d'enseignement et de recherche, y compris des organisations créées pour le transfert des résultats de la recherche, des écoles et des universités, à l'exception des bibliothèques universitaires;

9° aux documents détenus par des établissements culturels autres que des bibliothèques, des musées et des archives. »

**Art. 4.** L'article 5, alinéa 1<sup>er</sup>, du même décret, est remplacé par ce qui suit :

« Les documents auxquels le présent décret s'applique peuvent être réutilisés à des fins commerciales et non commerciales. Cela vaut aussi pour les documents à l'égard desquels des bibliothèques, y compris des bibliothèques universitaires, des musées et des archives sont titulaires de droits de propriété intellectuelle, lorsque leur réutilisation est autorisée. »

**Art. 5.** L'article 6 du même décret est remplacé par ce qui suit :

« Article 6. Formats disponibles

Les administrations mettent leurs documents à disposition dans tout format ou toute langue préexistants et, si possible et s'il y a lieu, dans un format ouvert et lisible par machine, en les accompagnant de leurs métadonnées. Tant le format que les métadonnées répondent, autant que possible, à des normes formelles ouvertes.

L'alinéa 1<sup>er</sup> n'emporte pas l'obligation pour les administrations de créer ou d'adapter des documents ni de fournir des extraits pour se conformer audit alinéa, lorsque cela entraîne des efforts disproportionnés dépassant le stade de la simple manipulation.

Sur la base du présent décret, les administrations ne peuvent être tenues de poursuivre la production et la conservation d'un certain type de documents en vue de leur réutilisation par une organisation du secteur privé ou public. »

**Art. 6.** L'article 7 du même décret est remplacé par ce qui suit :

« Article 7. Redevances

Lorsque la réutilisation de documents est soumise à des redevances, celles-ci sont limitées aux coûts marginaux de reproduction, de mise à disposition et de diffusion.

L'alinéa 1<sup>er</sup> ne s'applique pas :

1° aux administrations qui sont tenues de générer des recettes destinées à couvrir une part substantielle des coûts liés à l'accomplissement de leurs missions de service public;

2° par exception, aux documents pour lesquels l'administration concernée, en vertu d'un décret ou d'un arrêté du Gouvernement, est tenue de générer des recettes suffisantes pour couvrir une part substantielle des coûts afférents à leur collecte, à leur production, à leur reproduction et à leur diffusion.

3° aux bibliothèques, y compris les bibliothèques universitaires, aux musées et aux archives.

Dans les cas visés à l'alinéa 2, 1° et 2°, les administrations concernées calculent le montant total des redevances en fonction de critères objectifs, transparents et vérifiables définis par le Gouvernement. Le total des recettes desdites administrations provenant de la fourniture et des autorisations de réutilisation des documents pendant la période comptable appropriée ne dépasse pas le coût de collecte, de production, de reproduction et de diffusion, tout en permettant un retour sur investissement raisonnable. Les redevances sont calculées conformément aux principes comptables applicables aux administrations concernées.

Lorsque des redevances sont appliquées par les administrations visées à l'alinéa 2, 3°, le total des recettes provenant de la fourniture et des autorisations de réutilisation des documents pendant la période comptable appropriée ne dépasse pas le coût de collecte, de production, de reproduction, de diffusion, de conservation et d'acquisition des droits, tout en permettant un retour sur investissement raisonnable. Les redevances sont calculées conformément aux principes comptables applicables aux administrations concernées. »

**Art. 7.** Dans le même décret, il est inséré un article 7.1, rédigé comme suit :

« Article 7.1 Transparence

Dans le cas de redevances types applicables en matière de réutilisation des documents détenus par des administrations, les conditions applicables et le montant effectif desdites redevances, y compris la base de calcul utilisée pour lesdites redevances, sont fixés à l'avance et publiés, dans la mesure du possible et s'il y a lieu, sous forme électronique.

Dans le cas de redevances applicables en matière de réutilisation autres que celles visées à l'alinéa 1<sup>er</sup>, l'administration concernée indique d'emblée quels facteurs sont pris en compte dans le calcul desdites redevances. Sur demande, l'administration concernée indique également la manière dont lesdites redevances ont été calculées dans le cadre de la demande particulière de réutilisation.

Les exigences visées à l'article 7, alinéa 2, 2°, sont fixées à l'avance. Elles sont publiées par voie électronique, dans la mesure du possible et s'il y a lieu.

Les administrations veillent à ce que les demandeurs de réutilisation de documents soient informés des voies de recours dont ils disposent pour contester des décisions ou des pratiques qui les concernent. »

**Art. 8.** L'article 8, § 1<sup>er</sup>, du même décret est complété par deux alinéas, rédigés comme suit :

« En cas de décision négative fondée sur l'article 3, alinéa 2, 2°, l'administration fait mention de la personne physique ou morale titulaire des droits, si elle est connue, ou, à défaut, du donneur de licence auprès duquel elle a obtenu le document en question. Les bibliothèques, y compris les bibliothèques universitaires, les musées et les archives ne sont pas tenus d'indiquer cette mention.

Toute décision relative à la réutilisation fait mention des voies de recours dont dispose le demandeur pour contester cette décision. »

**Art. 9.** L'article 10 du même décret est remplacé par ce qui suit :

« Article 10. Interdiction des accords d'exclusivité

§ 1<sup>er</sup>. La réutilisation des documents est ouverte à tous les acteurs potentiels du marché, même si un ou plusieurs d'entre eux exploitent déjà des produits à valeur ajoutée basés sur ces documents. Les contrats ou autres accords conclus entre les administrations détentrices des documents et des tiers ne peuvent accorder aucun droit d'exclusivité.

§ 2. Cependant, lorsqu'un droit d'exclusivité est nécessaire pour la prestation d'un service d'intérêt général, le bien-fondé de l'octroi de ce droit d'exclusivité fait l'objet régulièrement et, en toute hypothèse, tous les trois ans, d'un réexamen. Les accords d'exclusivité conclus après l'entrée en vigueur du présent décret sont transparents et rendus publics. Le présent paragraphe ne s'applique pas à la numérisation des ressources culturelles.

§ 3. Nonobstant le paragraphe 1<sup>er</sup>, lorsqu'un droit d'exclusivité concerne la numérisation de ressources culturelles, la période d'exclusivité ne dépasse pas, en général, dix ans. Lorsque ladite durée est supérieure à dix ans, elle fait l'objet d'un réexamen au cours de la onzième année et ensuite, le cas échéant, tous les sept ans.

Les accords d'exclusivité visés au premier alinéa sont transparents et rendus publics.

Dans le cas d'un droit d'exclusivité visé au premier alinéa, une copie des ressources culturelles numérisées est adressée gratuitement à l'administration dans le cadre des accords conclus. A l'expiration de la période d'exclusivité, ladite copie est mise à disposition à des fins de réutilisation.

§ 4. Les accords d'exclusivité en vigueur le 1<sup>er</sup> juillet 2005 qui ne relèvent pas des exceptions mentionnées au paragraphe 2, prennent fin à l'échéance du contrat ou, en tout état de cause, au plus tard le 31 décembre 2008.

§ 5. Sans préjudice du paragraphe 3, les accords d'exclusivité en vigueur le 17 juillet 2013 qui ne relèvent pas des exceptions mentionnées aux paragraphes 2 et 3 prennent fin à la date d'échéance du contrat ou, en tout état de cause, au plus tard le 18 juillet 2043. »

**Art. 10.** L'article 11 du même décret est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Les administrations mettent à disposition des listes de ressources reprenant les documents principaux accompagnées des métadonnées pertinentes, accessibles, dans la mesure du possible et s'il y a lieu, en ligne et sous un format lisible par machine, et des portails liés aux listes de ressources. Dans la mesure du possible, les administrations facilitent la recherche interlinguistique des documents. »

Promulguons le présent décret et ordonnons qu'il soit publié au *Moniteur belge*.

Eupen, le 29 juin 2015.

O. PAASCH

Le Ministre-Président

Mme I. WEYKMANS

La Vice-Ministre-Présidente, Ministre de la Culture, de l'Emploi et du Tourisme

A. ANTONIADIS

Le Ministre de la Famille, de la Santé et des Affaires sociales

H. MOLLERS

Le Ministre de l'Education et de la Recherche scientifique

—  
Note

(1) *Session 2014-2015.*

*Documents parlementaires* : 66 (2014-2015), n° 1. Projet de décret.

66 (2014-2015), n° 2. Rapport.

*Compte rendu intégral* : 29 juin 2015, n° 15. Discussion et vote.

—  
VERTALING

## MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

[2015/203373]

### 29 JUNI 2015. — Decreet tot wijziging van het decreet van 18 december 2006 inzake het hergebruik van overheidsdocumenten (1)

Het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap heeft aangenomen en Wij, Regering, bekrachtigen hetgeen volgt :

**Artikel 1.** Dit decreet dient tot omzetting van Richtlijn 2013/37/EU van het Europees Parlement en de Raad van 26 juni 2013 tot wijziging van Richtlijn 2003/98/EG inzake het hergebruik van overheidsinformatie.

**Art. 2.** Artikel 2 van het decreet van 18 december 2006 inzake het hergebruik van overheidsdocumenten wordt aangevuld met de bepalingen 5° tot 8°, luidende :

« 5° "machinaal leesbaar formaat", een bestandsformaat dat zodanig is gestructureerd dat softwaretoepassingen specifieke gegevens, met inbegrip van individuele feitenbeschrijvingen, en hun interne structuur gemakkelijk kunnen identificeren, herkennen en extraheren;

6° "open formaat", een bestandsformaat dat platformafhankelijk is en voor het publiek beschikbaar is zonder enige beperking die het hergebruik van informatie verhindert;

7° "formele open standaard", een standaard die schriftelijk is vastgesteld, met vermelding van specificaties voor de vereisten betreffende de wijze waarop de interoperabiliteit van de software moet worden gegarandeerd;

8° "universiteit", een openbaar lichaam dat postsecundair hoger onderwijs verstrekt dat tot een academische graad leidt. »

**Art. 3.** Artikel 3, tweede lid, van hetzelfde decreet wordt vervangen als volgt :

Dit decreet is niet van toepassing op :

1° documenten waarvan de verstrekking een activiteit is die niet valt onder de openbare taak van de betrokken overheden, als bepaald bij wet of ander bindend voorschrift of, indien een voorschrift ter zake ontbreekt, als overeenkomstig de gangbare bestuurspraktijk, mits de omvang van de overheidstaken transparant is en aan toetsing is onderworpen;

2° documenten waarvan de intellectuele-eigendomsrechten bij derden berusten;

3° documenten waartoe de toegang is uitgesloten op basis van de geldende toegangsregelingen, onder meer wegens :

- de bescherming van de nationale veiligheid (d.w.z. staatsveiligheid), defensie of openbare veiligheid;
- het statistisch geheim;
- het handelsgeheim;

4° documenten waartoe de toegang beperkt is uit hoofde van de geldende toegangsregelingen, onder meer in gevallen waarin burgers of bedrijven moeten aantonen dat zij er een bijzonder belang bij hebben toegang tot de documenten te krijgen;

5° gedeelten van documenten die alleen logo's, wapens en insignes bevatten;

6° documenten waartoe de toegang uit hoofde van de geldende toegangsregelingen uitgesloten of beperkt is op grond van de bescherming van persoonsgegevens, en gedeelten van documenten die uit hoofde van die regelingen toegankelijk zijn, maar persoonsgegevens bevatten waarvan het hergebruik wettelijk onverenigbaar is verklaard met het recht betreffende de bescherming van natuurlijke personen in verband met de verwerking van persoonsgegevens;

7° documenten in het bezit van openbare omroepen of hun dochterondernemingen en van andere lichamen of hun dochterondernemingen ten behoeve van de vervulling van een publieke omroepaak;

8° documenten in het bezit van onderwijs- en onderzoeksinstellingen, met inbegrip van organisaties die zijn opgericht voor de overdracht van onderzoeksresultaten, scholen en universiteiten, met uitzondering van universiteitsbibliotheken;

9° documenten in het bezit van andere culturele instellingen dan bibliotheken, musea en archieven. »

**Art. 4.** Artikel 5, eerste lid, van hetzelfde decreet wordt vervangen als volgt :

« De documenten waarop dit decreet 1 van toepassing is, kunnen worden hergebruikt voor commerciële of niet-commerciële doeleinden. Dat geldt ook voor documenten waarvoor intellectuele-eigendomsrechten berusten bij bibliotheken, met inbegrip van universiteitsbibliotheken, musea en archieven, indien hergebruik van die documenten is toegestaan. »

**Art. 5.** Artikel 6 van hetzelfde decreet wordt vervangen als volgt :

« Artikel 6. Beschikbare formaten

Overheden stellen hun documenten ter beschikking in de reeds bestaande formaten of talen en, indien mogelijk en passend, in een open en machinaal leesbaar formaat, samen met hun metadata. Zowel het formaat als de metadata dienen voor zover mogelijk aan formele open standaarden te voldoen.

Het eerste lid behelst geen verplichting voor overheden om documenten te creëren of aan te passen of om uittreksels te verstrekken om aan dat lid te voldoen indien dit een onevenredig grote inspanning vereist die verder gaat dan een eenvoudige handeling.

Overheden kunnen op basis van dit decreet niet worden verplicht een bepaalde soort documenten te blijven produceren en op te slaan met het oog op het hergebruik van die documenten door een particuliere of publieke organisatie. »

**Art. 6.** Artikel 7 van hetzelfde decreet wordt vervangen als volgt :

« Artikel 7. Vergoedingen

Wanneer een vergoeding wordt verlangd voor het hergebruik van documenten, blijft deze vergoeding beperkt tot de marginale kosten voor hun vermenigvuldiging, verstrekking en verspreiding.

Het eerste lid is niet van toepassing op :

1° overheden die verplicht zijn inkomsten te genereren om een aanzienlijk deel van de kosten van de uitoefening van hun openbare taken te dekken;

2° in uitzonderingsgevallen, documenten waarvoor de betrokken overheid krachtens een decreet of een besluit van de Regering verplicht is voldoende inkomsten te genereren om een aanzienlijk deel van de kosten van de verzameling, productie, vermenigvuldiging en verspreiding, vermeerderd met een redelijk rendement op investeringen. De vergoeding wordt berekend overeenkomstig de boekhoudkundige beginselen ervan te dekken;

3° bibliotheken, met inbegrip van universiteitsbibliotheken, musea en archieven.

In de in het tweede lid, 1° en 2°, bedoelde gevallen, berekenen de betrokken overheden de totale vergoeding aan de hand van objectieve, transparante en controleerbare criteria die door de Regering worden vastgesteld. De totale inkomsten van die overheden uit het verstrekken en het verlenen van toestemming voor hergebruik van documenten mogen over de desbetreffende berekeningsperiode genomen niet hoger zijn dan de kosten van de verzameling, productie, vermenigvuldiging en verspreiding, vermeerderd met een redelijk rendement op investeringen. De vergoeding wordt berekend overeenkomstig de boekhoudkundige beginselen die op de betrokken overheid van toepassing zijn.

Indien er door de in het tweede lid, 3°, bedoelde overheden een vergoeding wordt verlangd, mogen de totale inkomsten uit het verstrekken en het verlenen van toestemming voor hergebruik van documenten over de desbetreffende berekeningsperiode genomen niet hoger zijn dan de kosten van de verzameling, productie, vermenigvuldiging, verspreiding, conservering en vereffening van rechten, vermeerderd met een redelijk rendement op investeringen. De vergoeding wordt berekend overeenkomstig de boekhoudkundige beginselen die op de betrokken overheid van toepassing zijn. »

**Art. 7.** In hetzelfde decreet wordt een artikel 7.1 ingevoegd, luidende :

« Artikel 7.1 Transparantie

In het geval van standaardvergoedingen voor het hergebruik van documenten die in het bezit van overheden zijn, worden de eventuele voorwaarden en het eigenlijke bedrag van die vergoedingen, met inbegrip van de berekeningsgrondslag ervoor, vooraf vastgesteld en bekendgemaakt, indien mogelijk en passend langs elektronische weg.

In het geval van andere dan de in het eerste lid genoemde vergoedingen voor hergebruik geven de overheden vooraf aan met welke factoren rekening wordt gehouden bij de berekening van die vergoedingen. Op verzoek geeft de betrokken overheid ook aan hoe die vergoedingen zijn berekend met betrekking tot het specifieke verzoek om hergebruik.

De verplichtingen bedoeld in artikel 7, tweede lid, 2°, worden vooraf vastgesteld. Indien mogelijk en passend worden zij langs elektronische weg bekendgemaakt.

De overheden zorgen ervoor dat indieners van verzoeken om hergebruik van documenten in kennis worden gesteld van de rechtsmiddelen tegen besluiten of handelingen die hen betreffen. »

**Art. 8.** Artikel 8, § 1, van hetzelfde decreet wordt na het derde lid aangevuld met de volgende leden :

« Ingeval een afwijzende beslissing gebaseerd is op artikel 3, tweede lid, 2°, verwijst de overheid in haar beslissing naar de natuurlijke of rechtspersoon bij wie de rechten berusten, indien deze bekend is, of naar de licentiegever van wie de overheid het betrokken materiaal heeft verkregen. Bibliotheken, met inbegrip van universiteitsbibliotheken, musea en archieven zijn niet verplicht deze verwijzing op te nemen.

In elke beslissing over hergebruik wordt verwezen naar de rechtsmiddelen die voor de verzoeker openstaan, mocht hij tegen de beslissing in beroep willen gaan. »

**Art. 9.** Artikel 10 van hetzelfde decreet wordt vervangen als volgt :

« Artikel 10. Verbod op exclusiviteitsregelingen

§ 1. Het hergebruik van documenten staat open voor alle potentiële marktdeelnemers, zelfs indien één of meer marktdeelnemers reeds op deze documenten gebaseerde producten met toegevoegde waarde exploiteren. Contracten of andere overeenkomsten tussen overheden die deze documenten in bezit hebben en derden mogen geen exclusiviteitsrechten verlenen.

§ 2. Wanneer een exclusief recht echter noodzakelijk is voor het verlenen van een dienst van algemeen belang, dient periodiek, doch in ieder geval om de drie jaar, te worden nagegaan of de redenen daarvoor nog steeds geldig zijn. Exclusiviteitsregelingen die na de datum van inwerkingtreding van dit decreet worden gesloten, zijn transparant en worden openbaar gemaakt. Deze paragraaf is niet van toepassing op de digitalisering van culturele hulpbronnen.

§ 3. Onverminderd paragraaf 1 duurt, wanneer een exclusief recht betrekking heeft op de digitalisering van culturele hulpbronnen, de periode van exclusiviteit in het algemeen niet langer dan tien jaar. Indien die periode meer dan tien jaar bedraagt, wordt de duur ervan tijdens het elfde jaar en, indien van toepassing, daarna om de zeven jaar, getoetst.

De in het eerste lid bedoelde regelingen die exclusieve rechten toekennen zijn transparant en worden openbaar gemaakt.

In geval van een in het eerste lid bedoeld exclusief recht wordt in de desbetreffende overeenkomst vastgesteld dat de desbetreffende overheid gratis een kopie van de gedigitaliseerde culturele hulpbronnen krijgt. Die kopie is na afloop van de exclusiviteitsperiode beschikbaar voor hergebruik.

§ 4. Exclusiviteitsregelingen die al bestaan op 1 juli 2005 en die niet voor een uitzondering vermeld in paragraaf 2 in aanmerking komen, worden aan het eind van het contract of in elk geval uiterlijk op 31 december 2008 beëindigd.

§ 5. Onverminderd paragraaf 3 worden exclusiviteitsregelingen die al bestaan op 17 juli 2013 en die niet voor een uitzondering vermeld in de paragrafen 2 en 3 in aanmerking komen, aan het eind van het contract of in elk geval uiterlijk op 18 juli 2043 beëindigd. »

**Art. 10.** In artikel 11 van hetzelfde decreet wordt na het eerste lid het volgende lid ingevoegd, luidende :

« De overheden stellen overzichtsjijsten van de belangrijkste documenten met relevante metagegevens ter beschikking die, indien mogelijk en passend, online en in machinaal leesbare formaten toegankelijk zijn, alsook portaalsites met links naar de overzichtsjijsten. Indien mogelijk vergemakkelijken de overheden het taaloverschrijdend zoeken naar documenten. »

Wij kondigen dit decreet af en bevelen dat het door het *Belgisch Staatsblad* wordt bekendgemaakt.

Eupen, 29 juni 2015.

O. PAASCH

De Minister-President

Mevr. I. WEYKMANS

De Viceminister-President, Minister van Cultuur, Werkgelegenheid en Toerisme

A. ANTONIADIS

De Minister van Gezin, Gezondheid en Sociale Aangelegenheden

H. MOLLERS

De Minister van Onderwijs en Wetenschappelijk Onderzoek

Nota

(1) *Zitting 2014-2015.*

*Parlementaire stukken* : 66 (2014-2015), nr. 1. Ontwerp van decreet.

66 (2014-2015), nr. 2. Verslag.

*Integraal verslag* : 29 juni 2015, nr. 15. Bespreking en aanneming.